

Niederschrift

zur 5. Sitzung des Gemeinderates der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 24.05.2007, 18.30 Uhr, im Ferdinand-Reidel-Saal des Paul-Gerhardt-Hauses, Turmgasse 23 in Leimen

- öffentlich -

Beginn: 18.30 Uhr

Ende: 22.10 Uhr

Anwesend: Oberbürgermeister Ernst
Erster Bürgermeister Sauerzapf

Von den Stadträten: Dr. Anselmann, Peter bis 20.30 Uhr
Appel, Hans
Appel-Schlund, Gabriele bis 21.00 Uhr
Bader, Richard
Balzer, Brigitte
Felden, Claudia
Frühwirt, Ralf
Hellinger, Horst ab 18.50 Uhr
Hörnberg, Ingrid
Jäkel, Siegwald
Janscho, Anke
Jundt, Günter
Kalischko, Kai-Uwe
Kohr, Hans-Jürgen
Kraft, Hans-Georg
Krauth, Wolfgang
Dr. Lohneis, Martin
Miltner, Bernhard
Mühlböck, Hans-Jürgen
Rajki, Laszlo
Reinig, Michael ab 19.40 Uhr
Rückemann, Gerhard
Dr. Sandner, Peter
Schleicher, Ilse ab 18.50 Uhr
Sterzenbach, Dieter
Unverfehrt, Dietrich
Wagner, Karl-Heinz
Woesch, Rudolf

Entschuldigt: Agena, Dirk beruflich verhindert
Gruler, Monika krank
Stather, Alfred beruflich verhindert
Stern, Wolfgang Urlaub

Als Gäste:

Römer, Reiner Wasserrechtsamt RNK
Curre, Jan LBBW Immobilien KE GmbH
Hilsheimer, Anselm LBBW Immobilien KE GmbH

Von der Verwaltung:

06 Stadtoberverwaltungsrat Sauerzapf
1 Stadtverwaltungsrat Börgerding
1.2 Stadtratsrat Berggold
2 Angestellter Lange
3 Stadtoberverwaltungsrat Stamm
6 Angestellter Sauerzapf, M.
 Stadtamtmann Gora
8 Angestellter Kuhn
14 Stadtratsrat Heinzmann

Stadtamtmann Ullrich
Protokollführer

TAGESORDNUNG

zur 5. Sitzung des Gemeinderates der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 24.05.2007, 18.30 Uhr, im Ferdinand-Reidel-Saal des Paul-Gerhardt-Hauses, Turmgasse 23 in Leimen

- öffentlich -

- | | | |
|------------|---|---------|
| 1. | Fragestunde | |
| 2. | Protokolle
Protokollbeurkundung
Benennung von Urkundspersonen | |
| 3. | Gemeinderat
Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung | 42/2007 |
| 4. | Haushalt
Annahme von Zuwendungen nach § 78 Abs. IV GemO | 43/2007 |
| 5. | Sanierungsmaßnahme „Leimen-Innenstadt“
Ergebnis der vorbereitenden Untersuchungen | 44/2007 |
| 6. | Sanierungsmaßnahme „Leimen-Innenstadt“
Förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets | 45/2007 |
| 7. | Sanierungsmaßnahme „Leimen-Innenstadt“
Kostenschätzung Rathaussanierung | 46/2007 |
| 8. | Baumaßnahmen
Bahnhofsvorplatz St. Ilgen | 47/2007 |
| 9. | Haushalt
Zusätzliche Baumaßnahmen - Deckungsvorschläge | 48/2007 |
| 10. | Straßen
Sanierung des Falltorwegs - Erweiterung des Auftrags | 49/2007 |
| 11. | Gewässer
Freilegung Gauangelbach | 50/2007 |
| 12. | Sportparkhalle
Erneuerung der Elektrik | 51/2007 |
| 13. | Feuerwehr
Bestellung Abteilungskommandant und Stellvertreter | 52/2007 |
| 14. | Verschiedenes | |

Oberbürgermeister Ernst

begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gremiums sowie die Damen und Herren im Zuhörerraum. Er stellt fest, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen und das Gremium beschlussfähig ist. Er fragt nach Einwänden gegen die Tagesordnung, solche werden nicht erhoben. Mit Einverständnis des Gremiums wird TOP 11 nach TOP 3 behandelt.

1. Fragestunde

Herr Jürgen Hofmann

beklagt, dass die Anwohner bei der nun beabsichtigten teilweisen Offenlegung des Angelbachs nicht gefragt worden wären, obwohl dies einen massiven Eingriff in die Grundstücke darstelle. Seiner Ansicht nach solle zunächst einmal das Regenrückhaltebecken gebaut werden, hierzu zitiert er einen Zeitungsbericht aus dem Jahr 2002, in dem die Hochwassergefahr beschrieben wurde.

Oberbürgermeister Ernst

erläutert, dass es nur um eine Teilöffnung des Baches gehe, dies sei eine Reaktion auf den Gewässerentwicklungsplan, der auch ausführlich in der öffentlichen Sitzung des Beirates Gauangelloch besprochen worden sei und der aufgrund der Hochwassergefahr und ökologischer Forderungen umgesetzt werden solle. Es gehe derzeit nicht um einen Beschluss, sondern eine Kenntnisnahme. Ohne Einwilligung der Betroffenen würden keine Schritte unternommen.

Herr Franz Weber

hat gehört, dass über das Land Fördermittel von rund 3 Mio. € für die Sanierung von Sportstätten zur Verfügung stünden. Umliegende Gemeinden hätten hiervon Summen erhalten, Leimen nicht, obwohl z. B. die teure Hochsprunganlage beim TV Germania dringend einer Sicherung bedürfe. Der TV Germania wolle sich hier gerne einbringen.

Oberbürgermeister Ernst

antwortet, dass die Stadt ebenfalls entsprechende Anträge für die Kurpfalzhalle und das Waldstadion stellen wird, hierfür seien aber exakte Kostenberechnungen und entsprechende Komplementärmittel bereitzustellen. Er dankt dem Verein in diesem Fall für sein Angebot, auf das man bei Bedarf gerne zurückkomme.

Herr Peter Stadtherr

erinnert daran, dass der Stadtteilverein St. Ilgen sich in die Problematik der Stadtkernsanierung einbringen wolle und um einen Sitz im Sanierungsbeirat gebeten habe. Hinsichtlich des Gefängnisneubaus wollte der Nachbarschaftsverband Alternativstandorte prüfen, er schlägt hierzu eine öffentliche Veranstaltung vor.

Oberbürgermeister Ernst

verweist darauf, dass der Gemeinderat über die Vergabe eines Sitzes eine entsprechende Entscheidung treffen müsse, die Sanierung in St. Ilgen aber erst im vorbereitenden Stadium sei. Das Angebot des Nachbarschaftsverbandes auf

Alternativstandorte nehme man gerne an. Es seien jedoch viele Teilnehmer erforderlich, Termine stünden noch nicht fest.

Herr Hilmar Schwebler

beklagt als Anwohner der Karlsruher Straße die vielen nächtlichen Ruhestörungen, die von einer dort ansässigen Pizzeria ausgingen und bittet um verstärkte Kontrollen, auch wegen der zunehmenden Verschmutzung.

Frau Hilde Gänzler

bezieht sich auf die Aussage von Dr. Lohneis in der neu erschienenen CDU-Rundschau, wonach man sich am Bürgerwohl orientieren wolle. Dies sei im Fall der Öffnung des Angelbachs nicht passiert, denn mit den Betroffenen sei nicht einmal gesprochen worden. Die hierfür erforderlichen Investitionen seien an anderer Stelle besser verwendbar. Zunächst solle das Regenrückhaltebecken gebaut werden, alles andere solle so bleiben, wie es sei.

Oberbürgermeister Ernst

verdeutlicht, dass die Verdolung stark sanierungsbedürftig sei. Auch weist er darauf hin, dass der Angelbach als Gewässer 2. Ordnung zusammen mit einem Uferstreifen per Gesetz Eigentum der Stadt ist. Das Hochwasserrückhaltebecken werde kommen. Hier sei es nach langen Verhandlungen gelungen, es in das überörtliche Konzept des Abwasser- und Hochwasserschutzverbandes Wiesloch (AHW) einzubringen.

Stadtrat Bader

weist darauf hin, dass die in der genannten Broschüre wiedergegebene Ansicht Frau Steinles nicht der Fraktionsmeinung entspreche.

Die Stadträte Schleicher und Hellinger nehmen ab 18.50 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Adolf Müller

hat als Anwohner der Weidenklinge einen Schachtdeckel geöffnet, dieser sei rund zwei Meter tief. Falls die Rohre entfernt würden, in welcher Tiefe müsste das geschehen?

Oberbürgermeister Ernst

wiederholt seine Aussage, dass ohne vorherige Gespräche mit den Eigentümern keine Schritte unternommen würden. Die Offenlegung entspreche einem von allen Fraktionen getragenen Gemeinderatsbeschluss, daher gebe die Aussage der ehemaligen Gemeinderätin Steinle in der Broschüre nur die offizielle Beschlusslage wider.

Herr Rudolf Werneke

erklärt, dass es nur etwa einmal im Jahr zu einem Hochwasser komme, dies sei durch die Verdolung stark verbessert worden. Im Sommer führe der Angelbach ohnehin kaum Wasser, daher solle alles so bleiben, wie es momentan sei.

Oberbürgermeister Ernst
erneuert noch einmal seine Zusage, dass es gegen den Willen der Betroffenen keine Eingriffe in ihr Eigentum geben werde.

Herr Peter Sembritzki
ist Bewohner der Johannisgasse und möchte wissen, warum Sitzungsunterlagen nicht an Bürger ausgegeben werden, damit diese entsprechende Fragen stellen können.

Oberbürgermeister Ernst
antwortet, zum Sanierungsgebiet werde man am 12. Juni eine Bürgerversammlung durchführen, auch hier gelte das für Gauangelloch Gesagte, dass nichts ohne die Zustimmung der Betroffenen unternommen werde.

2. Protokolle

Protokollbeurkundung
Benennung von Urkundspersonen

Oberbürgermeister Ernst
ruft das Protokoll Nr. 4 vom 26.04.2007 auf. Urkundspersonen sind die Stadträte Dr. Anselmann und Wagner. Einwände werden nicht erhoben. Als Urkundspersonen der heutigen Sitzung werden die Stadträte Kohr und Schleicher benannt.

11. Gewässer

50/2007

Freilegung Gauangelbach

Oberbürgermeister Ernst
erläutert die Vorlage und verdeutlicht, dass es heute nur um eine Kenntnisnahme aufgrund des bereits früher einvernehmlich beschlossenen GEP gehe.

Herr Römer

vom Wasserrechtsamt des Rhein-Neckar-Kreises kennt den Angelbach seit vielen Jahren aus eigener Erfahrung und verweist auf die ökologischen Vorgaben des neuen Wassergesetzes. Ein nicht verdolter Bach schütze besser gegen Hochwasser als ein verdolter. Auch er erklärt, dass jeder Betroffene vor einer Maßnahme gehört werde und dieser Maßnahme zustimmen müsse. Das ganze Vorhaben werde von Fachleuten genau geprüft, ebenso mögliche Varianten. Das Regenrückhaltebecken werde wohl 2008/2009 gebaut.

Erster Bürgermeister Sauerzapf

zeigt Bilder von Schäden an der Verdolung. Insgesamt habe man bei der Erstellung dieser Aufnahmen rund vierzig nicht genehmigte Einleitungen festgestellt, der Bach werde auch zur illegalen Müllentsorgung genutzt. Dies sei mit hohen Strafen bewehrt und könne durch eine entsprechende Sanierung zukünftig größtenteils verhindert werden. Der Klimaschutz erfordere von Allen entsprechende Vorkehrungen und er zeigt anhand einer Präsentation, wie eine mögliche Öffnung aussehen könnte.

Stadtrat Bader

hält eine Sanierung für dringend erforderlich, wenn auch das genaue Prozedere noch nicht festgelegt sei und das angekündigte Regenrückhaltebecken unbedingt gebaut werden müsse. Für die Verunsicherung der Bürger sieht er eine Schuld der Verwaltung.

Oberbürgermeister Ernst

warnet vor einseitigen Schuldzuweisungen. Der Beirat Gauangelloch habe dieses Thema in öffentlicher Sitzung behandelt und einstimmig eine teilweise Öffnung empfohlen. Darüber sei immer wieder berichtet worden, zuletzt auch in der neuen CDU-Rundschau, wo der Sachverhalt von Frau Steinle zutreffend dargestellt worden sei. Auch gehe es darum, illegale Einleitungen zu verhindern.

Herr Römer verlässt um 19.25 Uhr die Sitzung.

Stadtrat Frühwirt

ist der Auffassung, dass die nun vorhandenen Probleme durch menschliche Eingriffe verursacht worden sein, man habe dies erkannt und mit großer Mehrheit im Gemeinderat die Renaturierung beschlossen. Man wolle der sinnvollen Regelung daher zustimmen und einen Grundsatzbeschluss fassen. Eine einfache Kenntnisnahme des Sachverhalts sei nicht ausreichend, seine Fraktion wolle eine Öffnung des Angelbachs.

Oberbürgermeister Ernst

verweist darauf, dass sich die Verwaltung auf der Basis der bisherigen Gemeinderatsbeschlüsse bewege.

Stadtrat Dr. Sandner

erinnert daran, dass der Gemeinderat schon 2002 der Entdolung zugestimmt habe, diese sei nach wie vor ökologisch vernünftig. Trotzdem solle nichts gegen den Willen der Anwohner unternommen werden. Es seien allerdings vorbereitende Schritte notwendig, um etwas genaueres vorstellen zu können.

Stadtrat Miltner

möchte wissen, wer die Folgekosten der Öffnung tragen soll und wie hoch diese sein werden.

Oberbürgermeister Ernst

antwortet, dass diese in die Zuständigkeit der Stadt fallen, die Höhe könne derzeit nicht beziffert werden.

Stadträtin Felden

ist die Auffassung und Mitarbeit des Beirats, der sich einmütig für die Öffnung aussprach, wichtig. Auf der anderen Seite sollten jedoch auch die Anwohner eingebunden werden, von daher hielte sie eine Ortsbegehung für sinnvoll.

Oberbürgermeister Ernst

wiederholt noch einmal seine mehrfach vorgetragene Aussage, dass die Anwohner in alle Maßnahmen eingebunden werden und verweist darauf, dass die Verwaltung nur einen bereits vorliegenden Gemeinderatsbeschluss umsetze.

Stadtrat Woesch

ist der Auffassung, dass Herr Römer die Rechtslage klar und deutlich herausgestellt habe. Eindeutig sei auch, dass die Maßnahme ohne die Mitwirkung der Betroffenen nicht umgesetzt werden könne, dazu müssten jedoch zuvor erst einmal Grundlagen geschaffen werden. Die Beiratssitzung, in der das Thema ausführlich erörtert wurde, sei öffentlich gewesen, es sei bedauerlich, dass es offensichtlich keine oder nur wenige Besucher gegeben habe. Man solle nun den Beschluss wie ursprünglich vorgesehen umsetzen, eine Begehung mit Fachleuten sei durchaus sinnvoll.

Stadtrat Reinig nimmt ab 19.40 Uhr an der Sitzung teil.

Stadtrat Jäkel

erinnert daran, dass fast alle Bäche in Leimen verdolt worden seien, dies sei eine Fehlentscheidung gewesen. Ein Bach sei zudem kein Abwasserkanal. Man solle den Angelbach aus ökologischen Gründen wieder öffnen, die Vorteile überwiegen die Nachteile.

Stadtrat Frühwirt

stellt den Antrag, den ersten Punkt des Beschlussvorschlages zu streichen, da hierzu bereits ein Gemeinderatsbeschluss vorliege.

Oberbürgermeister Ernst

verweist darauf, dass Handlungsbedarf vorliege, aber nichts gegen den Willen der Betroffenen umgesetzt werden solle. Alle Befürchtungen und Ängste in dieser Hinsicht seien unbegründet.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Gewässer)

1. Das Büro Schulz, Hirschberg, wird mit der Planung inkl. Kostenermittlung beauftragt.
2. HH-Mittel werden in entsprechender Höhe für 2008 und die Folgejahre angemeldet.
3. Ein Antrag auf Förderung ist zu stellen.
4. Die Anwohner sind in das Verfahren einzubinden, ohne deren Einwilligung werden keine Schritte unternommen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, über den erforderlichen Geländeankauf zu verhandeln.

3. Gemeinderat

42/2007

Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung

Es ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Gemeinderat)

Die bekannt gegebenen Beschlüsse der 4. nichtöffentlichen Sitzung vom 26.04.2007 und der Sondersitzung vom 08.05.2007 werden zur Kenntnis genommen.

- 4. Haushalt** 43/2007
Annahme von Zuwendungen nach § 78 Abs. IV GemO

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Haushalt)

1. Die als Anlage beigefügten Zuwendungen an die Stadt werden angenommen.
2. Die Kämmerei wird mit dem Ausstellen von Spendenquittungen beauftragt.

- 5. Sanierungsmaßnahme „Leimen-Innenstadt“** 44/2007
Ergebnis der vorbereitenden Untersuchungen

Erster Bürgermeister Sauerzapf verdeutlicht, dass man derzeit am Beginn einer behutsamen und langjährigen Stadtentwicklung stehe und weist auf die für den 12. Juni anberaumte Bürgerversammlung zu diesem Thema hin. Möglich und vorstellbar sei auch ein städtebaulicher Wettbewerb. Man werde hierzu auch im Internet informieren.

Herr Hilsheimer präsentiert die Analyse (Anlage zum Protokoll der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 08.05.2007, freigegeben am 11.05.2007).

Herr Currlle schildert die Planungen, es gehe um die Wiederentdeckung der „alten Mitte“ der Stadt.

Herr Hilsheimer erläutert anschließend das Realisierungskonzept und empfiehlt das vereinfachte Verfahren nach dem Baugesetzbuch, dessen Unterschiede zum umfassenden Verfahren er ausführlich schildert.

Oberbürgermeister Ernst betont, dass der nun beginnende Prozess sicher noch 10 Jahre dauern wird. Derzeit gehe es um die Vorstellung von Ideen, über die gesprochen werden müsse, alles beruhe auf der freiwilligen Mitwirkung aller Beteiligten.

Stadtrat Jäkel möchte wissen, ob auch an die Mieter Fragebögen verschickt werden.

Herr Hilsheimer antwortet, das dies derzeit nicht vorgesehen sei, man werde aber zu einem späteren Zeitpunkt mit diesem Kreis sprechen.

Stadträtin Felden bedauert die geringen Zuschussmittel an Private, dies sei für deren gewünschte Beteiligung nicht von Vorteil.

Erster Bürgermeister Sauerzapf

verdeutlicht, dass es hier um einen mittel- bis langfristigen Zeitrahmen gehe. Derzeit sehe man gute Chancen auf eine zweite Tranche von Fördermitteln, dies passiere aber nur, wenn die vorhandenen Gelder rasch abfließen. Der ausgewiesene Betrag diene als Ansatz und Orientierungspunkt. Derzeit stünden für Leimen und St. Ilgen rund 1,1 Mio. € an Haushaltsmitteln zur Verfügung, hinzu kämen etwa 1 Mio. € als mögliche Zwischenfinanzierung durch den Treuhandvertrag.

Herr Hilsheimer

sieht die Sanierung als Angebot, bei dem man Chancen für die Grundstückseigentümer aufzeige. Man werde auch auf die Auswirkungen achten, aber die Maßnahmen seien als laufender Prozess zu sehen, mit anderen Worten man könne nicht alles im Detail abschätzen.

Es ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Sanierungsmaßnahme „Leimen-Innenstadt“)

Der Bericht der Kommunalentwicklung über die Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchungen gemäß § 141 BauGB vom Mai 2007 wird zur Kenntnis genommen.

6. Sanierungsmaßnahme „Leimen-Innenstadt“ 45/2007
Förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets

Die Stadträte Jäkel, Jundt und Kalischko erklären sich für befangen und nehmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil. Auf Nachfrage melden sich keine weiteren Befangenen.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Sanierungsmaßnahme „Leimen-Innenstadt“)

Aufgrund des § 142 Abs. 1, 3 und 4 Baugesetzbuch und des § 4 Abs. 1 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in der jeweiligen Fassung beschließt der Gemeinderat folgende Satzung zur förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes „Innenstadt“:

§ 1
Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes

Das im Lageplan vom 22. März 2007 mit unterbrochenen schwarzen Linien dargestellte Gebiet „Innenstadt“ in Leimen, in welchem zur Behebung städtebaulicher Missstände eine Sanierungsmaßnahme durchgeführt werden soll, wird als Sanierungsgebiet „Innenstadt“ förmlich festgelegt.

Das Sanierungsgebiet umfasst im Wesentlichen die Bereiche:

- nördlich der Turmgasse
- nördlich des Ziegelgrabens
- nördlich der Heltenstraße
- südlich der Bürgermeister-Lingg-Straße
- westlich und östlich der Rohrbacher Straße.

Die genaue Abgrenzung des Sanierungsgebietes ergibt sich aus dem Lageplan vom 22. März 2007 (M 1:2.000). Dieser Lageplan ist Bestandteil dieser Satzung.

§ 2 Verfahren

Die Sanierungsmaßnahme wird im „vereinfachten“ Verfahren durchgeführt. Die Anwendung der besonderen sanierungsrechtlichen Bestimmungen §§ 153 – 156 a BauGB wird ausgeschlossen. Bis zum 31.12.2017 soll die Sanierung abgeschlossen sein.

§ 3 Genehmigungspflichten

Die Vorschriften des § 144 BauGB über genehmigungspflichtige Vorhaben, Teilungen und Rechtsvorgänge finden Anwendung und werden nicht ausgeschlossen.

§ 4 Inkrafttreten

Diese Satzung wird gemäß § 143 Abs. 1 BauGB am Tage der öffentlichen Bekanntmachung rechtskräftig.“

7. Sanierungsmaßnahme „Leimen-Innenstadt“ 46/2007 Kostenschätzung Rathaussanierung

Oberbürgermeister Ernst
gibt bekannt, dass Anregungen bestehen, das sanierte Rathaus nachts anzuleuchten, wie es bei vielen historischen Gebäuden gemacht werde. Eine Demonstration, wie dies aussehen könnte, werde man heute nach der Sitzung nach Einbruch der Dunkelheit zeigen.

Stadtrat Appel
möchte wissen, ob die durch den zusätzlich erforderlichen Brandschutz benötigten Mittel für Schönheitsreparaturen vorhanden sind.

Oberbürgermeister Ernst
bestätigt dies.

Stadtrat Jäkel
befürwortet die Rathaussanierung, lehnt jedoch eine nächtliche Beleuchtung wegen zu hohen Energieverbrauchs ab.

Stadträtin Hörnberg
stört sich an einer Verdopplung der Sanierungskosten auf 1 Mio. € und erhebt den Vorwurf einer bewussten Täuschung des Gemeinderats durch die Verwaltung. Auch sei der geplante Windfang an der Einganstür zu teuer, sie lehne ihn ab. Ablehnend stehe sie auch einer Demontage der Alarmsirene auf dem Dach gegenüber, diese werde gebraucht, um unter Umständen nachts die Bevölkerung zu alarmieren, beispielsweise bei einem Chemieunfall.

Oberbürgermeister Ernst
weist den Vorwurf einer Täuschung entschieden zurück.

Erster Bürgermeister Sauerzapf
erklärt, dass es sich bei dem Betrag von rund 500.000 €, auf den er im Verwaltungsausschuss den Sanierungsaufwand erstmals beziffert habe, um eine grobe Schätzung für das Jahr 2007 gehandelt habe. Die Kosten der Gesamtanierung habe die jetzt vorliegende Kostenberechnung ergeben.

Stadtrat Dr. Sandner
begrüßt die Sanierung des Rathauses, von der er sich eine Signalwirkung für die Stadtkernsanierung verspricht. Bei dem von Erstem Bürgermeister Sauerzapf genannten Betrag von etwa einer halben Million Euro sei jedem erfahrenen Gemeinderatsmitglied bewusst gewesen, dass es sich nur um eine ansatzweise Schätzung gehandelt habe, daher könne von einer Täuschung keine Rede sein.

Stadträtin Felden
stimmt der Sanierung ebenfalls zu, möchte jedoch wissen, wie die Kosten in Anbetracht der begrenzten Mittel gedeckt werden sollen.

Oberbürgermeister Ernst
antwortet, dass man so sparsam wie möglich bleiben werde. Man werde keine Luxussanierung durchführen, sondern das Erforderliche und vom Denkmalschutz Geforderte umsetzen, in dieser Hinsicht habe er volles Vertrauen zu Herrn Bähr. Beim Rathaus handle es sich aber um ein architektonisch wertvolles Schmuckstück, dessen Erhaltung für die kommenden Generationen eine Verpflichtung sei. Man müsse sich daher den notwendigen Ausgaben stellen, sonst werde es später noch teurer.

Erster Bürgermeister Sauerzapf
erläutert, dass man sowohl 2006 als auch 2007 jeweils 550.000 € in den Haushalt eingestellt habe.

Stadtrat Woesch
erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zur Sanierung. Bei alten, noch dazu denkmalgeschützten Gebäuden könne man im Vorfeld niemals genau die Kosten angeben. Bei einer fachgerechten Sanierung ergäben sich aber gerade im Energiesektor auch große Einsparpotenziale.

Mit 1 Nein-Stimme (Stadträtin Hörnberg) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Sanierungsmaßnahme „Leimen-Innenstadt“)

1. Von der Kostenschätzung des Architekturbüro Bähr wird Kenntnis genommen.
2. Auf dieser Grundlage können Arbeiten ausgeschrieben und vergeben werden.

8. Baumaßnahmen
Bahnhofsvorplatz St. Ilgen

47/2007

Oberbürgermeister ernst
weist auf die bereits mehrfach diskutierten Varianten hin.

Erster Bürgermeister Sauerzapf
verweist auf die ausgeteilte Stellungnahme und bittet darum, heute zu einer Entscheidung zu kommen.

Stadtrat Wagner
bevorzugt die vom Stadtteilverein vorgeschlagene Variante, für die sich auch der Beirat St. Ilgen ausgesprochen habe. Man lehne vier Haltestellen ab, zwei Busse gleichzeitig seien ausreichend, auch stelle die Schleppkurve kein Hindernis dar.

Stadtrat Frühwirt
ist der Auffassung, dass Fußgänger und Radfahrer erfahrungsgemäß immer den kürzesten Weg nehmen würden, die Vorgaben von Verkehrsplanern würden in dieser Hinsicht ohnehin nicht beachtet. Die Nutzer aus Sandhausen und Nußloch würden ihrerseits wohl eher die Westseite des Bahnhofs nutzen, so dass diese auch kaum Auswirkungen hätten. Nicht zuletzt auch aus ästhetischen Gründen bevorzuge seine Fraktion daher die Variante des Stadtteilvereins.

Stadtrat Appel
erklärt, dass seiner Fraktion eine Entscheidung nicht leicht gefallen sei. Er dankt dem Stadtteilverein für dessen geleistete Arbeit und möchte wissen, ob man dort alle gesetzlichen Vorgaben beachtet habe und man das Vorhaben daher auch höheren Orts genehmigen werde.

Oberbürgermeister Ernst
bestätigt dies grundsätzlich, weist aber darauf hin, dass Anpassungen an die verkehrsrechtlichen Erfordernisse durchaus möglich seien.

Stadtoberverwaltungsrat Stamm
ergänzt, dass die Variante des Stadtteilvereins aus verkehrsrechtlicher Sicht dann genehmigungsfähig sei, wenn die Anforderungen, die die Verkehrskommission in ihrer Sitzung vom 10. Mai 2007 stellte, erfüllt seien.

Stadtrat Sterzenbach
spricht sich ebenfalls für die Variante des Stadtteilvereins aus.

Stadträtin Felden
schließt sich ihren Vorrednern an und regt zusätzlich das Aufstellen abschließbarer Fahrradboxen an.

Mit 1 Nein-Stimme (Stadtrat Rückemann) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Baumaßnahmen)

1. Die als Variante 2 (Entwurf Stadtteilverein/Borst) vorgelegte Ausführung wird unter Berücksichtigung der verkehrsrechtlichen Vorgaben umgesetzt.
2. Die Baumaßnahme kann öffentlich ausgeschrieben werden.
3. Der Gemeinderat wird über die Vergabe informiert.

9. Haushalt 48/2007
Zusätzliche Baumaßnahmen - Deckungsvorschläge

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Haushalt)

Dem Vorschlag zur Deckung von zusätzlichen Ausgaben wird zugestimmt.

10. Straßen 49/2007
Sanierung des Falltorwegs - Erweiterung des Auftrags

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Straßen)

1. Der Ausführung des Restausbaus der Straßenbauarbeiten Kanal und Wasserleitung „Falltorweg“ wird zugestimmt.
2. Der Auftragsvergabe der Ingenieurleistungen an das Ing.-Büro E. Schulz, Hirschberg, wird zugestimmt.
3. Das Bauamt und die Stadtwerke werden ermächtigt, die Bauarbeiten als Anschlussauftrag an die Fa. Wolff und Müller, Niederlassung Heidelberg, zu vergeben.

12. Sportparkhalle 51/2007
Erneuerung der Elektrik

Oberbürgermeister Ernst schildert die geplanten Maßnahmen, die zur Sicherheit erforderlich seien, da die Anlage vom TÜV beanstandet wurde. Die Kosten würden sich auf etwa 100.000 € belaufen.

Stadtrat Kohr

hält eine Erneuerung für dringend erforderlich und regt an, diese so schnell wie möglich umzusetzen, damit der Schul- und Vereinssport nicht beeinträchtigt würden.

Stadtrat Appel

schlägt vor, zusätzlich einen E-Check vorzunehmen. Dies rechne sich letztendlich auch bei anderen städtischen Gebäuden, was er zu prüfen bittet.

Oberbürgermeister Ernst

antwortet, dass man dies im Rahmen der Möglichkeiten umsetzen wolle.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Sportparkhalle)

1. Der Sanierung der Elektroverteiler, Sicherheitsbeleuchtung und der Beleuchtung wird zugestimmt.
2. Der Beauftragung des Ing.-Büros Schickle & Partner für die Planung, Ausschreibung und Bauüberwachung wird zugestimmt.

13. Feuerwehr

52/2007

Bestellung Abteilungskommandant und Stellvertreter

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Feuerwehr)

Der Bestellung von Herrn Armin Nelius zum Abteilungskommandant der Freiwilligen Feuerwehr Leimen, Abt. Leimen und Herrn Werner Arnold zu seinem Stellvertreter wird zugestimmt.

14. Verschiedenes

Oberbürgermeister Ernst

gibt bekannt, dass die Uhr am Bärentorplatz nun aufgestellt sei und dankt der Volksbank.

Erster Bürgermeister Sauerzapf

weist darauf hin, dass sich die Unterlagen zur nächsten Sitzung der Haushaltsstrukturkommission mit dem Thema „Energie-Contracting“ befassen und an die Fraktionsvorsitzenden verteilt würden.

Stadträtin Felden

möchte wissen, ob bereits ein Gespräch mit dem Museumsverein vereinbart worden sei.

Oberbürgermeister Ernst

antwortet, dass dies so schnell wie möglich geschehen werde.

Stadtrat Wagner

weist darauf hin, dass auf dem Grundstück „Am Güterbahnhof 8-12“ keine Beleuchtung angebracht sei.

Stadtrat Frühwirt

informiert, dass der Mietvertrag der „Rappelkiste“ im August auslaufe und möchte wissen, was hier geschehen soll. Auch möchte er wissen, wann die beiden von seiner Fraktion gestellten Anträge hinsichtlich des alten Sportplatzes und der Eintrittspreise Bäderpark behandelt werden.

Oberbürgermeister Ernst

antwortet, dass sich die „Rappelkiste“ bisher nicht gemeldet habe. Die beiden Anträge gingen so schnell wie möglich in die zuständigen Gremien.

Stadtrat Appel

berichtet über eine in Gauangelloch stattgefundenene Veranstaltung der Telekom zu den DSL-Verbindungen im Ortsteil, wo die Telekom geäußert habe, von Seiten der Stadt müsste ein entsprechender Antrag gestellt werden. Des weiteren möchte er wissen, welche Kosten für Ernst & Young für die Beratung der Maßnahme „Bäderpark“ entstanden seien.

Oberbürgermeister Ernst

erwidert, dass der notwendige Mast für den Mobilfunkempfang mittlerweile aufgestellt wurde und ab der 24. Kalenderwoche genutzt werden könne. Nun liege es an den Betreibern, diesen zu nutzen, worauf sie die Stadt bereits hingewiesen habe. Auch hinsichtlich der Nutzung von DSL habe die Stadt bereits mehrfach Kontakt mit der Telekom aufgenommen. Allerdings gestalte sich dies aufgrund der ständig wechselnden Ansprechpartner ähnlich schwierig wie bei der Deutschen Bahn AG. Eine Verbesserung der Situation könne aufgrund der technischen Voraussetzungen nur die Telekom, nicht die Stadt, erreichen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Oberbürgermeister Ernst um 22.10 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Ullrich
Protokollführer

Ernst
Oberbürgermeister

Stadtrat Kohr

Stadträtin Schleicher